



Landesvorsitzende: Karen Claassen, Eichenhübel 16, 66892 Bruchmühlbach,
0176/30741305, claassen@vrb-saarland.de

2. Juli 2020

VRB Saarland: Rahmenplan des Ministeriums für Bildung zum Wiedereinstieg in den regulären Schulbetrieb unabgestimmt

Mit Staunen nimmt der Verband Reale Bildung zur Kenntnis, dass das Ministerium für Bildung in einer am 30. Juni 2020 veröffentlichten Pressemitteilung behauptet, dass der vorgelegte Rahmenplan zum Wiedereinstieg in den regulären Schulbetrieb im Schuljahr 2020/2021 „mit den Gewerkschaften abgestimmt“ sei. Der VRB wurde zu keinem Zeitpunkt um eine Meinungsäußerung zu den bestehenden Plänen gebeten. Da der Verband den Rahmenplan als wenig konkret ablehnt, ist es von Interesse, mit welchen Gewerkschaften und Praktikern der Rahmenplan abgestimmt wurde.

Aus Rückmeldungen von Lehrern wird konkret bemängelt, dass eine Beschulung von Risikoschülern im Homelearning im Plan nicht erwähnt sowie eine Konzepterstellung für jegliche Formen der Unterrichtung und insbesondere der Pausengestaltung, der Räumlichkeiten, der Stundenpläne sowie dem Einsatz der personellen Ressourcen, die bis zum Anfang des Schuljahres ja noch nicht definiert werden können, auf die Schulen und insbesondere die Schulleitungen abgewälzt wird. Ein Pandemiegeschehen kann jedoch nicht von Lehrern und Schulleitungen allein vor Ort so bewältigt werden, dass die Schule der versprochene sichere Aufenthaltsort für alle am Schulleben Beteiligten sein kann.

Kritisch sieht der VRB zudem, vulnerable Lehrkräfte „nur noch in besonderen Ausnahmefällen“ von der täglichen Massenveranstaltung des Schulbetriebs (ohne allgemeine Abstandsregeln und ohne Maskenpflicht) zu befreien. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, abgeordnete, gesunde Lehrkräfte in die Schulen zurückzuschicken und stattdessen die vulnerablen Lehrer für diese einzusetzen. Besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen und Solidarität.

Eine schier unlösbare Aufgabe stellt das Ministerium den Lehrkräften zudem mit dem weitgehenden Wegfall der äußeren Fachleistungsdifferenzierung und der Propagierung einer Binnendifferenzierung, was bedeutet, dass bis zu 30 Schüler in einem Klassenraum gleichzeitig auf unterschiedlichen Anspruchsniveaus unterrichtet werden sollen. Konkret bedeutet dies, dass z.B. in der 8. Klasse in einem Hauptfach fortan Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf in kognitiven Bereichen und des Verhaltens, Kinder mit angepasstem Anforderungsniveau, Flüchtlingskinder mit rudimentären Deutschkenntnissen, bisherige G-Kurs-Schüler - also Hauptschüler - sowie E-Kurs-Schüler - also frühere Realschüler und Schüler mit Gymnasialperspektive - gleichzeitig unterrichtet werden sollen. Das wirft eine grundsätzliche Frage auf: Wie viel können Lehrer neben ihren normalen, schon vor Corona belastenden Arbeitsbedingungen ertragen, ohne gesundheitliche Folgen befürchten zu müssen?



**Landesvorsitzende: Karen Claassen, Eichenhübel 16, 66892 Bruchmühlbach,
0176/30741305, claassen@vrb-saarland.de**

Für den VRB liegt die Lösung des Problems eben nicht in einer Binnendifferenzierung, die keiner Schülergruppe gerecht werden kann, sondern in einem Blick in die Geschichte des saarländischen Schulsystems: Der Verband fordert zumindest in Hinblick auf die Klassenbildung die Grundsätze der Verordnung der im Schuljahr 2016/2017 ausgelaufenen Erweiterten Realschule (ERS) nunmehr für die Gemeinschaftsschule anzuwenden. In der ERS wurde ab Klassenstufe 7 der Unterricht in abschlussbezogenen Klassen erteilt. Die Schüler wurden entweder in einem auf den Hauptschulabschluss oder auf den Mittleren Bildungsabschluss bezogenen Zweig unterrichtet, wobei auch die Anschlussmöglichkeit zur gymnasialen Oberstufe gegeben war. Für VRB-Vorsitzende Karen Claassen ist dies ein Modell, das die Schulen sicherer machen und zu erfolgreicher Arbeit führen kann: „Das Versprechen, dass der Regelbetrieb wieder aufgenommen wird, darf nicht dazu führen, dass die Schüler nicht angemessen unterrichtet werden können. Es geht nicht nur um Bildungsquantität, sondern auch Bildungsqualität und vor allem um die Gesundheit aller an Schule Beteiligten.“

Digitalisierung ist in aller Munde und es wurde auch investiert, jedoch sind die Rückmeldungen aus den Schulen sehr verhalten. Es fehlen nach Ansicht des VRB wie so oft die grundsätzlichen Rahmenbedingungen, um digitales Arbeiten mit den Schülern einzuüben. Weder gibt es überall stabile, notwendige Netze noch gibt es einheitliche Geräte zur Nutzung für alle Schüler einer Klasse. Lizenzen für notwendige Softwarenutzung wurden noch nicht zur Verfügung gestellt und die OSS erweist sich momentan noch nicht als eine geeignete Plattform für digitales Arbeiten.

Es gibt also viel zu tun - und dies fängt bei einer transparenten und zielorientierten Kommunikation an!